

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1951

143 (21.6.1951)



NEUESTE NACHRICHTEN

Weitere Verschärfung des Ölkonflikts

Sondersitzung des persischen Kabinetts — Morrison appelliert erneut an den Internationalen Gerichtshof

London (dpa/AP). Der britische Außenminister Morrison hat nach dem Abbruch der Verstaatlichungsverhandlungen durch Persien gestern die englische Delegation angewiesen, nach England zurückzukehren. Das persische Kabinett hat beschlossen, die im Falle des Scheiterns der Verhandlungen angedrohte Sperrung der Ölleitung noch nicht durchzuführen. Nach einer letzten Meldung ist allerdings erneut für heute mit der Sperrung der

sichtige, sich erneut an den Internationalen Gerichtshof zu wenden, um Rat zu erhalten, welche provisorischen Schritte England unternehmen könne, um seine Ölbesitzungen in Persien zu schützen. Großbritannien habe nicht die Absicht, die Ölfelder und die riesige Ölraffinerie in Persien aufzugeben.

Im Falle, daß persisches Leben gefährdet sei, werde England mit geeigneten Mitteln seine Staatsangehörigen schützen. Die persische Regierung, so fuhr der britische Außenminister fort, habe die Pflicht, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Wenn sie jedoch diese Pflicht nicht erfüllen könne, so wäre es das Recht und die Pflicht der britischen Regierung, dies zu übernehmen.

Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, soll die Evakuierung aller britischen Staatsangehörigen aus Persien in allen Einzelheiten vorbereitet sein. Sollten dramatische Entwicklungen eintreten, so könnte nach diesen Mitteilungen aus London sofort eine Luftbrücke Persien—britische Inseln in Aktion treten. Im Persischen Golf liegen für diesen Fall drei Kriegsschiffe bereit. Bei ernstem Unruhen soll der britische Generalkonsul in Abadan und der britische Botschafter in Teheran in der Lage sein, auf dem Funkwege Hilfe herbeizurufen zu können.

Die Krise im persischen Ölkonflikt hält unverändert an. Dennoch deuten gewisse Anzeichen darauf hin, daß die persische Regierung es nicht zum äußersten kommen lassen will.

Gestern morgen beschloß das persische Kabinett in einer Sondersitzung, daß die angedrohte Sperrung der Ölleitungen zur Raffinerie der englisch-iranischen Ölgesellschaft nicht durchgeführt werden soll. Sie veröffentlichte Anweisungen an die neue staatliche Ölgesellschaft, die aufgefordert wird, die Ge-

schäfte der „ehemaligen“ Gesellschaft zu übernehmen. Alle Einkünfte sollen in Zukunft bei der persischen Nationalbank auf das Konto der nationalen Ölgesellschaft einbezahlt werden. Gleichzeitig wurde angeordnet, daß nur die Anweisungen der alten Gesellschaft befolgt werden dürfen, die vom Direktorium der staatlichen Gesellschaft gegengezeichnet sind.

England will Ölfelder nicht aufgeben
Vor dem überfüllten Unterhaus erklärte der britische Außenminister gestern, daß er beab-

Sowjetrußland ist überrascht

Neue Note der russischen Regierung zur Pariser Außenministerkonferenz

Paris (dpa). Die Sowjetunion hat den drei Westmächten gestern in gleichlautenden Noten mitgeteilt, daß sie nichts gegen eine Erörterung ihrer Verträge mit dem kommunistischen China und den osteuropäischen Staaten auf einer Außenministerkonferenz einzuwenden habe. Sie müsse aber darauf bestehen, den Atlantikpakt und die amerikanischen Stützpunkte in Übersee in die Tagesordnung einer Konferenz aufzunehmen. In der Note wird vorgeschlagen, die Vorkonferenz der Außenminister-Stellvertreter in Paris fortzusetzen.

Die Noten wurden gestern nachmittag den diplomatischen Vertretern der Westmächte in Moskau überreicht. Gleichzeitig übergab der sowjetische Delegierte Gromyko auf der 73. Sitzung der Außenminister-Stellvertreter in Paris Abschriften davon den westlichen Vertretern.

Die sowjetische Note ist die Antwort auf die westlichen Noten vom vergangenen Freitag, in denen eine Außenministerkonferenz vorgeschlagen war. Der Atlantikpakt und die amerikanischen Stützpunkte sollten danach auf dieser Konferenz angeschnitten werden können, ohne offiziell in der Tagesordnung enthalten zu sein.

Die sowjetische Regierung sei überrascht, heißt es jetzt in der Note, daß die Vertreter der drei Westmächte davor zurückschreckten,

die Frage des Atlantikpaktes auf einer Außenministerkonferenz erörtern zu lassen.

Die Sowjetunion habe nichts dagegen einzuwenden, irgendeines ihrer Beistandsabkommen mit der Volksrepublik China, mit Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland sowie mit Großbritannien und Frankreich auf einer Außenministerkonferenz zur Diskussion zu stellen, wenn dies gewünscht werde. Die Erörterung des Atlantikpaktes und der amerikanischen Stützpunkte sei „keine Angelegenheit purer Neugier“, sondern solle zur Entspannung der Lage beitragen und die Erhaltung des Friedens ermöglichen. Eine Beseitigung der ost-westlichen Spannungen sei das Hauptziel einer solchen Konferenz.

Die Westmächte hätten bereits vorgeschlagen, die Außenminister am 23. Juli in Washington zusammenzutreten zu lassen.

Bonn verlangt Verfahren gegen Kemritz

Bundesregierung will beim amerikanischen Hochkommissar vorstellig werden

Drathbericht unseres Bonner Dr. A. R.-Redaktionsmitglieds

Bonn. Im Bundestag erklärte gestern bei der Beratung zahlreicher Anträge zum Fall Kemritz Bundesjustizminister Dr. Dehler, daß der Zustand, wie er durch den Fall Kemritz geschaffen worden sei, nicht andauern dürfe, wenn nicht der Gedanke der Rechtmäßigkeit in Deutschland schwersten Schaden leiden solle. Die Bundesregierung werde in aller Form gegen die Mitteilung des Rechtsamtes der amerikanischen Hochkommission vom 13. Juni 1951 Verwahrung einlegen mit dem Ziel, die Verfügungen des amerikanischen Landeskommissars für Hessen, daß Kemritz der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen wird, rückgängig zu machen.

Die Bundesregierung erwarte auch, daß das in Berlin noch schwebende Verfahren gegen Kemritz ungestört weitergeführt werden könne. Die Regierung werde sich noch darüber schlüssig werden, ob sie einen Antrag auf Auslieferung von Kemritz stellen werde und sie billige hiermit ausdrücklich das Vorgehen des hessischen Justizministers, Kemritz als Rechtsanwalt auszuscheiden. Der Justizminister führte im einzelnen aus, daß nach Erhebungen seines Ministeriums 14 Männer und 3 Frauen durch Kemritz den Sowjetbehörden ausgeliefert worden sind sowie wahrscheinlich noch drei weitere Männer, die aus Berlin verschwunden seien. Von diesen Personen seien nur drei Männer und drei Frauen 1950 zurückgekehrt. Die anderen seien entweder verstorben oder zum Tode verurteilt worden oder befänden sich vielleicht auch noch in Haft der Sowjets.

Justizminister wurde schamrot
Auf die Erklärungen des Rechtsamtes der amerikanischen Hochkommission eingehend, erklärte Dehler, man werde schamrot, wenn man diese Begründungen lese. Er habe vergeblich versucht, die in dieser Erklärung erwähnten alliierten Gesetze zu finden, die den amerikanischen Behörden das Recht gegeben hätten, Kemritz der deutschen Gerichtsbarkeit zu entziehen und ihn darüber hinaus noch als einen wertvollen Helfer für die Sicherung der westlichen Welt zu bezeichnen. Die Bundesregierung habe kein Verständnis für die Haltung der amerikanischen Behörden. Was Kemritz getan habe, sei nach deutschem Gesetz schwerstes Verbrechen und ein schwerster Verstoß gegen die Gesetze der Menschlichkeit, die doch gerade nach den von den Besatzungsmächten feierlich verkündeten Grundsätzen richterlichen Schutzes genießen sollten. Die Amerikaner hätten sich gewundert über die Entrüstung des deutschen Volkes über den Fall Kemritz. Sie sollten sich, doch eigentlich freuen, daß in Deutschland wieder das Gefühl für Recht und Unrecht wieder geworden sei. Die amerikanische Haltung müsse nicht nur für das deutsche, sondern für jedes rechtlich denkende Volk unverständlich bleiben.

Entrüstung im Bundestag
Unter vielen Ausrufen der Entrüstung von allen Seiten des Hauses erklärte der Minister, ein Beamter der amerikanischen Hochkommission habe ihm noch am Mittwoch gesagt, Kemritz befände sich nicht mehr unter deutscher Gerichtsbarkeit und habe den deutschen Boden schon verlassen oder sei wenigstens im Begriff, das zu tun. Der Standpunkt der Bundesregierung dazu sei: „Das deutsche Verlangen nach

Sühne der schweren Verbrechen dieses Mannes ist durch eine solche Tatsache nicht berührt.“

In der Debatte brachten alle Fraktionen des Hauses einmütig ihre Empörung nicht nur über die Verbrechen Kemritz, sondern vor allem auch die Haltung der amerikanischen Behörden zum Ausdruck.

Die verschiedenen zum Fall Kemritz eingebrachten Anträge wurden dem Rechtsausschuß übergeben, der eine interfraktionellen Antrag formulieren soll, über den das Haus heute beschließen wird. Auch ein Gesetzentwurf der Regierungsparteien zum Schutze der persönlichen Freiheit wurde diesem Ausschuß übergeben.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses freihändlerischer Juristen, Dr. Theodor Friedenau, erörterte, wie dpa meldet, mit dem stellvertretenden Leiter des Rechtsamtes beim amerikanischen Hohen Kommissar, G. W. Kelleher, den Fall Kemritz.

Ein Sprecher des amerikanischen Hohen Kommissariats betonte gestern in Frankfurt erneut, die Haltung der Amerikaner im Fall Kemritz sei unverändert. Die amtliche Erklärung des Amerikanischen Hohen Kommissariats vom 13. Juni, durch die die amerikanischen Behörden die Einstellung des Verfahrens gegen den Bad Homburger Rechtsanwalt Dr. Kemritz bekanntgaben, werde voll aufrechterhalten. Die Erklärung wurde nach der Bundestagsdebatte abgegeben.

Einrichtung von Bundesbetriebsprüfstellen

Bonn (Dr. A. R.). Der Bundestag stimmte gestern mit großer Mehrheit der gesetzlichen Verankerung einer weitgehenden Mitwirkung des Bundes bei der Verwaltung der Einkommensteuer durch die Länder zu. Der Bund erhält das Recht, die Gleichmäßigkeit der Anwendung der Steuergesetze in den Ländern zu überwachen und zu diesem Zwecke Bundesbetriebsprüfstellen einzurichten. Dadurch soll ohne Änderung des Grundgesetzes, weil damit die Errichtung einer einheitlichen Bundesfinanzverwaltung infällig wird die gleichmäßige Steueranwendung im Bundesgebiet gesichert werden.

Der Bundestag beschloß, bei besonderen Anlässen Plenarsitzungen in Berlin stattfinden zu lassen.

Gegen Störungen der Ordnung

Bonn (Dr. R.). Wie ein Sprecher der Regierung vor der Presse mitteilte, seien die verschiedenen Zeitungsmeldungen über ein sogenanntes Blitzgesetz der Regierung gegen den Radikalismus Blitzen gewesen. Es handle sich in Wirklichkeit nur darum, aus der Strafrechtsnovelle, deren Verabschiedung noch Monate dauern werde, bestimmte Dinge vorwegzunehmen.

Zuckerpreis wird besprochen

Bonn (Dr. R.). Das Kabinett debattierte am Mittwoch über Vorlagen des Bundesernährungsministers über besondere Maßnahmen in der Zuckerwirtschaft, den Zuckerpreis und über Frühdruschprämien. Die auf dem Zuckergebiet zu beschließenden Maßnahmen werden noch mit den Koalitionsparteien beraten werden. Die Frage des Zuckerpreises wird mit dem Preisrat besprochen werden. Über die Frühdruschprämie wird das Kabinett am Donnerstag eine Entscheidung fällen, da noch eine Deckung für die dadurch notwendigen Mehrausgaben gefunden werden muß.

Das Kabinett verabschiedete weiter den Gesetzentwurf über die Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft. Diese dem Ernährungsministerium nachgeordnete Bundesoberbehörde, eine Zentralstelle für Lebensmittelverfahren, wird ihren Sitz in Frankfurt haben.

Gehaltserhöhung beim Bundesrat

Bonn (dpa). Die Bundesregierung hat dem Bundesrat den Gesetzentwurf über die 20prozentige Erhöhung der Bezüge der Bundesbeamten zugeleitet. Außerdem sollen für die unteren Gehaltsklassen bis 300 DM monatliche Zuschläge zwischen 6 und 24 DM gewährt werden. Die Wohnungsgelder, Kinderbeihilfen und sonstige Zulagen bleiben unverändert. Das Gesetz hebt ferner formell die sechszehnte Gehaltskürzung von 1930 auf.

BHE macht nicht mit

Kiel (dpa). Der stellv. Ministerpräsident in Schleswig-Holstein, Waldemar Kraft (BHE), erklärte, er werde mit dem Wahlblock vorgeschlagenen Nachfolger für Ministerpräsident Dr. Bartram, Landrat Luebbe, nicht über eine neue Regierungsbildung verhandeln.

General König doch gewählt

Straßburg (dpa). Nach den endgültigen Resultaten der Wahlen im Unter-Elsaß, die am Mittwochabend in Straßburg bekanntgegeben wurden, haben die Volksrepublikaner 5 Sitze, die Gaullisten 3, und die Kommunisten 1 Sitz erhalten.

Die französische Nationalversammlung wird sich dafür abgeben von den vier noch ausstehenden Sitzen in Übersee — folgendermaßen zusammensetzen: Gaullisten 118, Kommunisten und Angeschlossene 104, Sozialisten 103, Unabhängige 99, Radikalsocialisten 92, Volksrepublikaner 86, Sonstige 21.

Der gaullistische Abg. General König ist im Unter-Elsaß gewählt worden. Sein Mandat war bisher unstritten. Zu den gewählten volkrepublikanischen Kandidaten im Unter-Elsaß gehört der Landwirtschaftsminister Pflimlin.

Gegenüber kommunistischen Beschwerden bezüglich der polizeilichen Aktion gegen die FDJ-Demonstration am Petersberg erklärte Bundestagspräsident Dr. Ehlers, die Unruhestifter hätten ihre verdienten Prügel bekommen, aber lediglich soviel, um ihren Widerstand zu brechen.

Japanische Robinsonade

Guam (AP). Sechs Jahre nach dem Kriegsende im Pazifik „kämpft“ eine kleine Gruppe japanischer Seeleute und Soldaten, die nach dem Untergang ihres Schiffes auf die einsame Südeinsel Aghahan verschlagen wurde, immer noch weiter. Einer der Gestrandeten, ein japanischer Unteroffizier, hat sich jetzt ergeben.

Antapan liegt 100 km nördlich von Saipan. Im Juni 1944 wurden in der Nähe der Insel drei kleine Transporter der Japaner von amerikanischen Sturzbombern versenkt. Die 33 Überlebenden flüchteten nach Antapan, wo sie sich im Dschungel verbargen.



Vor der Villa Kemritz ... — Stalins Primaballerina
Das linke Bild zeigt Kemritz jun. und die unbekannte Amerikanerin vor der Villa Kemritz, die durch eine amerikanische Wache besetzt ist und vor der ein Schild: „Off Limits — Eingang verboten“ steht. — Rechts: Die viermalige Stalin-Preisträgerin und Moskauer Primaballerina, Galina Ulanowa. Bei den Florentiner Musikfestwochen mußte sie sich neunmal vor dem Vorhang zeigen. (dpa)

Die große Wende

A. N. Kaum je haben die Menschen in Westdeutschland bei ihrem Erwachen so sehr das Gleiche gedacht wie am 21. Juni 1948, als sie sich erwartungsvoll fragten, was nun mit ihnen am Vortag erhaltenen 40 DM „Kopfgeld“ geschehen werde. Würde nun die große Wende kommen, auf die seit Wochen alle gespannt waren? Würden die Hoffnungen erfüllt werden, „daß sich Bäcker, Metzger, Schuhmacher und sonstige Geschäftsinhaber demnächst devot vor ihren Kunden neigen“, wie es am Vorabend in unserer Zeitung heißt? Tatsächlich, die große Wende kam. Neugierig zogen die Menschen durch die Straßen und fanden in den Schaufenstern und Läden Überraschungen, die bisher unter dem Ladentisch gelegen hatten. Lastkraftwagen hochgetürmt mit neuen Kartoffeln, Gelberüben und allen Sorten Gemüse füllten die bislang mager gewesenen Marktstände. Ein schöner Salatkopf für 10 Dpf. zu bekommen, Haushaltsgegenstände, elektrische Geräte, Fahrräder, Radios, Uhren, Autos u. a. m. wurden freigegeben. Die Kaufleute und ihr Personal bedienten mit ihrem gewinnendsten Lächeln.

So ging es an. Es ging dann zwar ein halbes Jahr lang etwas stürmisch und chaotisch zu, so wie Tausende von langjährigen Gefangenen, die plötzlich durch eine schmale Tür freigelassen werden, auch nicht in wohlgeordneter Ordnung dem Orte ihrer seitherigen Unfreiheit entfliehen. Aber mit Kopf- und Festgeld waren schließlich keine weiten Sprünge zu machen. Als die Weihnachtsgänse in den gefüllten Läden hängenblieben, war die große Preishausschneide des zweiten Halbjahrs 1948 gebrochen. Ein Jahr eines schmerzlichen Gesundungsprozesses trat an, und vom Herbst 1949 an bis zur Mitte 1950 gab Westdeutschland geradezu ein klassisches Beispiel eines bei zurückgehenden Preisen und steigenden Einkommen aus zunehmender Beschäftigung sichtlich gesunden und erstarrenden Volkes. Bis der Koreakrieg diese Aufwärtstendenz unterbrach.

Denkt man heute noch daran, wie kurz diese Spanne von drei Jahren eigentlich war? Denkt man bei den heutigen Sorgen und Klagen an die Rationen für den Monat Juni 1948, die sich bereits imponierend gegenüber denen vom Winter 1947 ausnahmen? Da heißt es z. B.: „Die Fleischration der über ein Jahr alten Versorgungsberechtigten wird auf 100 Gramm festgesetzt. Fleischzulagen können auch in der 115. Zuteilungsperiode nicht ausgegeben werden ... Die Fettration der über 10 Jahre alten Nichtselbstversorger wird auf 500 Gramm erhöht.“ Entrahmte Frischmilch sollte nur alle zwei Tage und zwar 1/4 Liter ausgegeben werden; die Zuckerabschnitte blieben zunächst gesperrt.

Man hat von „Währungswunder“ gesprochen. Nun, an den Dingen war gar nichts Wunderbares. Die Geldreform zog nur den Schleier vor der Wirklichkeit fort, den die jahrelange Bewirtschaftung darüber gewoben hatte. Freilich nicht die Geldreform allein. Wäre die allmähliche Freigabe des Marktes nicht erfolgt, so hätte die Geldreform nichts weiter als den Beginn einer neuen Zeit des Geldbetriebs bedeutet. Denn noch niemals hat es sogenanntes ehrliches Geld bei allgemeiner Bewirtschaftung gegeben. Und noch etwas anderes war notwendig, damit das große Experiment gelang: die Befreiung des Leistungsdranges von den ihm durch Steuer- und behördliche Bevormundung angelegten Fesseln. In diesem Punkt hat die Währungsreform enttäuscht; die deutschen Vorschläge eines Abbaus der exorbitanten Steuern wurden nur zu einem kleinen Teil genehmigt, und die alliierten Fesseln in der Produktion und im Außenhandel haben dazu beigetragen, daß sich der neue Geldstrom nicht so auf die Gebiete der Grundindustrien lenken ließ, wie es notwendig gewesen wäre.

Noch schwerwiegender — neben anderem — waren freilich zwei Versäumnisse, die der von den Besatzungsmächten angeordneten Geldreform anhafteten. Das eine war die geradezu brutale Enteignung der Sparer und ihre Zurücksetzung hinter begünstigtere Gruppen, eine bis heute verhängnisvoll gebliebene Belastung des ganzen Sparwesens. Das andere war — entgegen den deutschen Vorschlägen — die Trennung der Geldreform von einem Lastenausgleich. Von Jahr zu Jahr hat sich immer deutlicher erwiesen, daß in diesen beiden Punkten der entscheidende Fehler der Geldreform gelegen hat, der sie nicht zur vollen Wirkung kommen ließ. Der deutsche Vorschlag wäre doch besser gewesen, weil er die technische Operation mit den wirtschaftspolitisch notwendigen Folgerungen verband. Das große Aufräumen, das die Geldreform hätte sein können und müssen, geschah nicht und daran tragen wir mit dem ungerügten Lastenausgleich und der immer noch ausstehenden Korrektur des den Sparern zugefügten Unrechts noch heute schwer.

Trotzdem oder gerade deswegen muß der Kern jener im ersten Augenblick hart erschienenen Maßnahme der Vernichtung gewaltiger Mengen von Scheingeld und der Wiederherstellung der freien Anbiederbarkeit von Waren als die entscheidende Wende von der Armut zur Wiederermöglichung von Wohlstand, von Hunger zu reichlicherer Ernährung, von Stillstand zu Aufstieg anerkannt werden. Wer hätte sich an jenem Tage vorzustellen gewagt, was heute Wirklichkeit ist!

Neues in Kürze

Washington (dpa). Außenminister Acheson gab bekannt, daß die angekündigten amerikanischen Getreidelieferungen für Indien von monatlich 250 000 t auf rund 400 000 t erhöht werden.

New York (dpa). Die USA-Regierung beschloß am Mittwoch, Delegierten des kommunistischen Weltfriedensrates die Einreisevisa zu verweigern, obwohl der sowjetische Delegierte Malik in seiner Eigenschaft als zeitweiliger Sicherheitsrats-Vorsitzender eine Weltfriedensrats-Delegation nach New York eingeladen hat.

Prag (dpa). Ein Gerichtshof in Preßburg verhängte am Mittwoch Todesurteile gegen zwei Tschechoslowaken, die angeklagt waren, für Frankreich Spionage getrieben zu haben. Vier weitere Tschechoslowaken wurden zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Fünf Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen zwischen 14 und 25 Jahren.

Tokio (AP). Die sich in den letzten Tagen immer mehr steigende kommunistische Lufttätigkeit in Korea läßt auf das bevorstehende

Eingreifen der chinesischen Luftwaffe schließen. Die Erdkampftätigkeit hat stark nachgelassen.

Bern (dpa). Bei der Hagelabwehr durch Raketen kam es in einer Gemeinde bei Luzern zu einem schweren Unfall. Infolge ungeschickten Handhabens stieg eine der Raketen nicht senkrecht in die Höhe, sondern flog in einen Bauernhof, wo sie eine 18jährige Dienstmagd sofort tötete.

Bonn (AP). Alfred Loritz dementierte Meldungen über seine Absetzung als Fraktionsvorsitzender der WAV. Der stellvertretende WAV-Fraktionsführer Reindl hatte sich gegen Loritz gewandt.

Bonn (dpa). Der von den Koalitionsparteien eingebrachte Entwurf eines Spielquotengesetzes zum Schutze der neuen deutschen Filmproduktion stieß auf Bedenken der SPD und der FDP. Dr. Erich Mende (FDP) befürchtete eine Einschränkung des freien Wettbewerbs, während Karl Brunner (SPD) die Qualität der deutschen Filme und das System der Ausfallbürgschaft kritisierte.

Zum Tage

Konferenz im Schlafzimmer

In Persien überstürzen sich die Ereignisse und es ist sehr schwer, ein klares Bild zu bekommen. Wie nervös die dabei Beteiligten, die englische und die persische Regierung, sind ersieht man daraus, daß die iranischen Minister in aller Eile zu einer Sondersitzung im Schlafzimmer des erkrankten Ministerpräsidenten Mossadek zusammenkamen. Die Besprechung war derartig improvisiert, daß einige der Kabinettsmitglieder auf dem Bettrand Platz nehmen mußten. Die Schlafzimmerecke muß aber beruhigend gewirkt haben, denn die angeordnete Sperrung der Leitung nach Abadan wurde nicht durchgeführt. Das über die Sitzung herausgegebene Kommuniqué ist sehr vorsichtig gehalten, so daß es auch England möglich ist, seine Nerven zu bewahren. Statt sich auf die Luftstreitkräfte zu berufen, die auf den Flugplätzen der Royal Air Force im Nahen Osten alarmiert worden waren und anstatt die drei Kriegsschiffe in Tätigkeit treten zu lassen, die im Persischen Golf bereitliegen, konnte der englische Außenminister Morrison im Parlament erklären, daß England sich erneut an den Internationalen Gerichtshof in den Haag richten werde, um sich über seine nächsten „provisorischen Schritte“ beraten zu lassen. Es kommt jetzt für die englische Regierung darauf an, das Gesicht zu wahren und das könnte sie, wenn ein Gerichtshof sich mit der Angelegenheit befassen würde. Aber gerade darauf haben sich die Perser bis jetzt nicht eingelassen. Die nationale Richtung, die von Mossadek repräsentiert wird, verläßt sich anscheinend nur auf die Logik der Tatsachen und diese spricht im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen Ost und West für die politischen und wirtschaftlichen Selbstständigkeitsbestrebungen der ehemaligen kolonialen und halbkolonialen Besitzungen der europäischen Großmächte, wozu auch Persien einmal gehörte.

Kohlenvorräte sind aufgebraucht

Die württemberg-badische Landesregierung soll in Bonn für beschleunigte Lieferung von Kohlen sorgen

Drahtbericht unserer Stuttgarter Redaktion

Stuttgart. In seiner gestrigen Sitzung wurde im württemberg-badischen Landtag die unzureichende Kohlenversorgung behandelt. Ministerialdirektor Krause vom württemberg-badischen Wirtschaftsministerium gab eine entmutigende Darstellung über den gegenwärtigen Stand.

Der Landtag befähigte sich außerdem mit einer Reihe von Anträgen des Finanzausschusses zur Vorwegbilligung von Mitteln der Einzelpläne des Staatshaushaltes 1951. Der vorläufigen Regelung des Staatshaushaltes 1951 wurde in allen drei Lesungen einstimmig zugestimmt.

Der Abgeordnete Haubmann (DVP) hatte einen Antrag an die Regierung gestellt, eine ausreichende Kohlenversorgung zu sichern. Die Opposition, vertreten durch die Abgeordneten Hennings (DGB/BHE) und Dr. Werber (CDU) machte der Regierung zum Vorwurf, nicht mit dem nötigen Nachdruck die rechtzeitige Lieferung der für das Land Württemberg-Baden vorgesehenen Kohlenmengen zu beschleunigen.

Dr. Werber-Karlruhe gab der Meinung Ausdruck, daß die Regierung selbst eine Brennstoffkatastrophe zu vermeiden, eine namhafte Erhöhung der Hausbrandquote über die Bundesregierung erreichen. Im einzelnen wird gefordert, daß in den nächsten Wochen das sogenannte Kontingent für die Hausbrandverbraucher auf die Kreise aufgeteilt, und daß auch die Menge der Zuweisungen für die Kleinverbraucher bekanntgegeben wird. Auch die Begriffe Hausbrandverbrauch und Kleinverbraucher müssen noch genau festgelegt werden. Von Bonn müsse außerdem gefordert werden, daß die Hauptlieferer, das Kohlenkontor Weyhenmeyer & Co. Mannheim, Köln, und die Braunkohlenzentrale Mannheim, sofort nach Mitteilung der neuen Kreiskontingente die Händler entsprechend ihrer Kundenliste beliefern. Die seit dem 1. April 1951 entstandenen Unter- bzw. Überlieferungen müßten von den genannten Hauptlieferstellen alsbald ausgeglichen werden. Es wird weiterhin die Forderung gestellt, daß die Steinkohlen- und Braunkohlenzentrale von Bonn aus dazu verpflichtet werden, den unteren Verwaltungsbehörden jederzeit über den Stand der Belieferung des einzelnen Händlers Auskunft zu erteilen.

Die Landesregierung wurde auch darauf hingewiesen, daß die Kleinverbraucherquote erhöht werden muß. Die bis jetzt vorgegebenen Mengen reichen nur für eine etwas mehr als 50prozentige Deckung. Da die Ernährungsdour, trat die „Lex Oradour“ in Kraft. Es war ein Gesetz entstanden unter dem Druck der Masse, ein Gesetz ohne Recht. Ganze Einheiten wurden darin zu „Verbrecherischen Organisationen“, alle ihre Angehörigen zu Verbrechern erklärt. Die gerichtliche Beweisführung erhielt umgekehrte Vorzeichen. Nach diesem Gesetz war es nämlich nicht mehr Aufgabe des Gerichts, dem Angeklagten seine Schuld nachzuweisen; dieser selbst hatte für den Beweis seiner Unschuld zu sorgen. Für einen Gefangenen fast eine Unmöglichkeit, wie viele diesem Gesetz zum Opfer fielen, ist nicht bekannt. Weiße Kreise in Frankreich empörten sich jedoch über derartiges „Recht“ und protestierten energisch dagegen. Viele Richter weigerten sich, danach zu handeln und sprachen die Angeklagten mangels Beweises frei. Die Entlassung der 48 SS-Leute zeigt, daß man heute schon in den Voruntersuchungen über Schuld und Unschuld der einzelnen entscheidet. Der ungesetzlichste Punkt dieses Gesetzes, die umgekehrte Beweislast, ist also in aller Stille verschwunden. Das Gesetz selbst aber mit seiner Kollektivierung der Schuld ist immer noch in Kraft. Man hatte noch nicht den Mut, dieses Kapitel unglückseliger Nachkriegsgeschichte endgültig abzuschließen. Offenbar fürchtet man immer noch den Druck der Masse.

betriebe, Krankenanstalten und Behörden 100-prozentig zu beliefern sind, sei die Stilllegung vieler Handels- und Gewerbebetriebe zu befürchten.

Der württembergisch-badische Landtag nahm den Antrag, die Regierung möge beim Bundeswirtschaftsministerium alle Schritte unternehmen, um eine ausreichende Kohlenversorgung für die Industrie- und Versorgungsbetriebe, sowie für den Hausbrand und das Kleingewerbe sicherzustellen, an.

50 000 DM an die alten Parteien?

Im Verlauf der weiteren Beratungen hatte Abg. Mattes (DGB/BHE) den Antrag gestellt, einen Betrag von 50 000 DM, der kurz nach der Währungsreform der SPD, DVP und CDU zur Verfügung gestellt worden sei, nicht als außerplanmäßige Ausgabe, sondern als verbrieftes Wochenzeitschrift „Recorder“ gesammelt worden. In einem Begleitbrief wird darauf hingewiesen, daß angesichts der geringen Mehrheit der Labor im Unterhaus von nur vier Stimmen der Ministerpräsident den König um Auflösung des Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen ersuchen sollte.

Nur 15 Zentner Kohle für den Winter

Aus den Forderungen, die seitens des Handels und der unteren Verwaltungsbehörden an die würt.-badische Regierung gestellt werden, entnehmen wir, daß im Kohlenwirtschaftsjahr 1951/52 durchschnittlich 15 Zentner für den Haushalt zugeteilt werden sollen. Das wäre eine tägliche Menge von 1,3 kg Steinkohlen und 0,7 kg Braunkohlenbriketts. Das ist selbstverständlich völlig unzulänglich und man muß beachten, daß Holz in diesem Jahre kaum zur Verfügung steht. Die Landesregierung sollte deshalb, nach Auffassung des Handels und der unteren Verwaltungsstellen, um eine Brennstoffkatastrophe zu vermeiden, eine namhafte Erhöhung der Hausbrandquote über die Bundesregierung erreichen. Im einzelnen wird gefordert, daß in den nächsten Wochen das sogenannte Kontingent für die Hausbrandverbraucher auf die Kreise aufgeteilt, und daß auch die Menge der Zuweisungen für die Kleinverbraucher bekanntgegeben wird. Auch die Begriffe Hausbrandverbrauch und Kleinverbraucher müssen noch genau festgelegt werden. Von Bonn müsse außerdem gefordert werden, daß die Hauptlieferer, das Kohlenkontor Weyhenmeyer & Co. Mannheim, Köln, und die Braunkohlenzentrale Mannheim, sofort nach Mitteilung der neuen Kreiskontingente die Händler entsprechend ihrer Kundenliste beliefern. Die seit dem 1. April 1951 entstandenen Unter- bzw. Überlieferungen müßten von den genannten Hauptlieferstellen alsbald ausgeglichen werden. Es wird weiterhin die Forderung gestellt, daß die Steinkohlen- und Braunkohlenzentrale von Bonn aus dazu verpflichtet werden, den unteren Verwaltungsbehörden jederzeit über den Stand der Belieferung des einzelnen Händlers Auskunft zu erteilen.

Deutsche Siedler nach Chile

La Serena (AP). Die Bundesregierung wird Ende Juni eine Einwanderungsmission nach Chile schicken, die mit den chilenischen Behörden über die An siedlung deutscher Auswanderer in der Nähe von La Serena nördlich der chilenischen Hauptstadt Santiago verhandeln soll.

Prinz Albrecht von Bayern, der Leiter der Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Auswanderung, der sich zur Zeit in Chile aufhält, erklärte, die Aufnahme von Einwanderern in Chile sei so freundschaftlich und herzlich, daß er darin ein gutes Omen für den Beginn der deutschen Auswanderung nach La Serena sehe.

USA-Kommunisten festgenommen

Washington (dpa). Spezialbeamte der amerikanischen Bundeskriminalpolizei nahmen am Mittwoch in New York und Pittsburgh führende USA-Kommunisten fest, die der Vorbereitung zum Hochverrat verdächtigt sind. Insgesamt stehen auf der amerikanischen „schwarzen Liste“ 12 000 Personen.

Ausbau amerikanischer Stützpunkte

Washington (AP). Der amerikanische Verteidigungsminister George Marshall hat den amerikanischen Kongreß am Mittwoch um Billigung eines Bauprogramms für amerikanische Stützpunkte und militärische Anlagen in Amerika und in Übersee in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar ersucht.

Marshall begründete den gewaltigen Umfang des Programms mit der „gegenwärtigen internationalen Spannung“.

500 000 fordern Neuwahlen

London (AP). Bei Ministerpräsident Clement Attlee wurde am Mittwoch eine Petition überreicht, in der 500 000 Briten durch ihre Unterschrift Neuwahlen fordern.

Die Unterschriften sind von der rechtgerichtlichen

zinsliches und bis Ende 1951 rückzahlbares Darlehen zu behandeln. Zur Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Berberich wegen der Anklage fahrlässiger Körperverletzung als Folge eines Verkehrsunfalles stimmte das Plenum dem Antrag des Geschäftsausschusses zu, wonach einem solchen Antrag stattgegeben werden müsse. Berberich ist der fahrlässigen Körperverletzung als Folge eines von ihm verursachten Verkehrsunfalles angeklagt.

In einer Erklärung zum Schumanplan lehnte der Ministerpräsident eine Stellungnahme der Regierung des Landes Württemberg-Baden im gegenwärtigen Augenblick ab.

Ein Antrag des Abgeordneten Janota (DGB/BHE), den Rentnern eine höhere Teuerungszulage zu gewähren, wurde an den sozialpolitischen Ausschuss verwiesen.

Der Landtag setzte sich bei fünf Stimmenthalten für eine alsbaldige Haftentlassung des ehemaligen und erkrankten Außenministers von Neurath ein. Abg. Ebert (SPD) wandte sich gegen die Anwerbung deutscher Staatsbürger für die Fremdenlegion ausländischer Mächte. Ein entsprechender Antrag wurde vom Plenum einstimmig angenommen.

Einseitige Privilegien

Dr. Unser, der Präsident des Landesbezirks Baden, will seinen Beamten die Möglichkeit geben, sich über Fragen, die mit der Bildung des Südstaates zusammenhängen, aufklären zu lassen. Dagegen wäre nichts einzuwenden, und man könnte für die Absicht des Präsidenten schon darum Verständnis aufbringen, weil die badische Beamenschaft sich bis zur Stunde nicht übertrieben südstaatsfreundlich gebärdet hat. Nun hat Dr. Unser freilich, wie wir meinen, einen Fehler gemacht, der ihm, dem Chef der Landesbezirksverwaltung, nicht hätte passieren dürfen: Er hat einen Erlaß herausgegeben, durch den die Innere Verwaltung angehalten wird, Beamte, die an Besprechungen über die Bildung des Südstaates teilnehmen wollen, notfalls vom Dienst zu befreien, sofern die dienstlichen Belange das erlauben. Schön, könnte man sagen, Dr. Unser tut etwas für die Ausweitung des politischen Horizonts seiner Beamten. Dann aber wäre es recht und billig gewesen, daß jenen Beamten, die — um etwa im Tenor des genannten Erlasses zu reden — an Besprechungen über die Wiederherstellung des Landes Baden teilnehmen möchten, die gleiche Vergünstigung einzuräumen. So hat aber der Landesbezirkspräsident seine Stellung dazu benutzt, um a) einseitig Privilegien zu verteilen und um b) zumindest indirekt eine Beeinflussung der ihm unterstellten Beamten zu versuchen. Beides ist tadelswert und wäre es in gleicher Weise, wenn es — mit umgekehrtem Vorzeichen — etwa in Südbaden geschähe. Im Dienst sollen die Beamten arbeiten, das ist unsere bescheidene Meinung. Im Dienst sollen sie aber auch geschützt bleiben vor politischen Beeinflussungsversuchen ihrer Chefs, gleichgültig, von welcher Seite solche Bestrebungen kommen und nach welcher Richtung sie zielen.

Gesetz ohne Recht

48 ehemalige SS-Leute sind dieser Tage vom Militärgericht Bordeaux entlassen worden. Sie sind in Haft gewesen, weil sie der Division „Das Reich“ angehört hatten. Diese Tatsache allein hätte genügt, um diese Männer sechs Jahre in Gefangenschaft zu halten. Die Division „Das Reich“ fällt unter die „Lex Oradour“. Wie schon der Name sagt, bildeten die Vorgänger vom Juni 1944 in Oradour die unmittelbare Ursache dieses Gesetzes. Das kleine Dorf in der Nähe von Limoges war von einer Kompanie der Division „Das Reich“ zerstört worden; es war von Maquis besetzt. Oradour wurde damit für die Masse der Franzosen gleichbedeutend mit Rache und Vergeltung, mit Haß und Leidenschaft. Am 15. September 1948, mehr als sechs Jahre nach dem Vorkommnis in Oradour, trat die „Lex Oradour“ in Kraft. Es war ein Gesetz entstanden unter dem Druck der Masse, ein Gesetz ohne Recht. Ganze Einheiten wurden darin zu „Verbrecherischen Organisationen“, alle ihre Angehörigen zu Verbrechern erklärt. Die gerichtliche Beweisführung erhielt umgekehrte Vorzeichen. Nach diesem Gesetz war es nämlich nicht mehr Aufgabe des Gerichts, dem Angeklagten seine Schuld nachzuweisen; dieser selbst hatte für den Beweis seiner Unschuld zu sorgen. Für einen Gefangenen fast eine Unmöglichkeit, wie viele diesem Gesetz zum Opfer fielen, ist nicht bekannt. Weiße Kreise in Frankreich empörten sich jedoch über derartiges „Recht“ und protestierten energisch dagegen. Viele Richter weigerten sich, danach zu handeln und sprachen die Angeklagten mangels Beweises frei. Die Entlassung der 48 SS-Leute zeigt, daß man heute schon in den Voruntersuchungen über Schuld und Unschuld der einzelnen entscheidet. Der ungesetzlichste Punkt dieses Gesetzes, die umgekehrte Beweislast, ist also in aller Stille verschwunden. Das Gesetz selbst aber mit seiner Kollektivierung der Schuld ist immer noch in Kraft. Man hatte noch nicht den Mut, dieses Kapitel unglückseliger Nachkriegsgeschichte endgültig abzuschließen. Offenbar fürchtet man immer noch den Druck der Masse.

Über das Meer nach Rußland?

Brüssel (AP). Die belgische Geheimpolizei hat am Mittwoch mit aller Vorsicht zugegeben, es bestehe die Möglichkeit, daß die beiden verschwundenen britischen Diplomaten an Bord eines sowjetischen Schiffes Antwerpen verlassen haben. Ein hoher Beamter bestätigte, daß Untersuchungen in dieser Richtung bereits seit einiger Zeit laufen, jedoch noch nicht abgeschlossen seien.

Am Dienstagabend hatte ein Hoteller aus Antwerpen berichtet, daß ein Mann namens Burgess am 19. Mai bei ihm übernachtet habe. Am 25. Mai sind die beiden Briten verschwunden und am 1. Juni ist das sowjetische Schiff „Sowietki Solius“, die frühere deutsche „Hansa“, aus dem Hafen von Antwerpen ausgelaufen.

Der Beamte des Geheimdienstes meinte, es könne sein, daß Burgess am 19. Mai nach Antwerpen kam, um seine Vorbereitungen zu treffen. Das Verschwinden der Diplomaten wurde offiziell am 7. Juni bekanntgegeben.

Gerichtsverfahren gegen AP-Korrespondenten

Prag (dpa). Der am 23. April von den tschechoslowakischen Behörden festgenommene Prager AP-Korrespondent, William Oatis, wird in den nächsten Tagen vor Gericht gestellt, teilte der CSR-Außenminister William Siroky dem Prager USA-Botschafter Ellis Briggs am Freitag mit. Wie erst gestern bekannt wurde, hatte Briggs am Freitag im tschechischen Außenministerium vorgesprochen. Oatis soll wegen staatsfeindlicher Betätigung angeklagt werden.

Wunderdokter Gröning hatte sein „Grönium“

Der Belastungszeuge Pitt Seeger wurde als befangen abgelehnt

München (AP). „Wenn Gröning betrunken war dann ging er einfach in alle Zimmer und glaubte, irgendwie helfen zu müssen“, sagte der 44jährige Ingenieur Helmut Stoltefuß gestern vor einem Münchener Schöffengericht, das ihn wegen Mangels an Beweisen von der Anklage der schweren und eigenwilligen Kuppelei freisprach. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt.

Die inzwischen geschiedene Ehefrau des Angeklagten soll im zweiten Halbjahr 1949 zu dem „Herforder Wunderdokter“ Bruno Gröning intime Beziehungen unterhalten haben, von denen ihr Mann nichts gewußt haben will. Die Heilung des gelähmten Kindes des Ehepaars Stoltefuß hatte Gröning seinerzeit in der Öffentlichkeit bekanntgemacht.

„Ich habe meine Frau gebeten unbedingt bei Gröning zu bleiben, weil nur sie genügend Einfluß auf ihn hatte, wenn er betrunken war“, sagte Stoltefuß auf die Frage, warum seine Frau und Gröning in Hannover gemeinsam in einem Hotelzimmer übernachtet hätten, während er selbst in einem anderen Zimmer schlief. Frau Stoltefuß reiste damals als „Grönium“ mit dem Wunderdokter, während ihr Mann Quartiermacher beim Stabe Gröning war.

dem Quartiermacher fiel nichts auf

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er von den Beziehungen seiner Frau zu Gröning gar nichts geahnt habe erwiderte Stoltefuß: „Herr Vorsitzender, ich bin auf dem Gebiete des Sexuallebens kein Wüstling. Aus diesem Grunde ist mir auch nichts aufgefallen.“

Der 45jährige Gröning, der jetzt in Gräfenfirtz bei München wohnt, und die geschiedene Frau Stoltefuß sagten als Zeugen aus sie hätten verabredet, ihre Beziehungen zu leugnen, „um nicht die Arbeit zu schaden, die damals im Aufbau war“.

In der Urteilsbegründung betonte das Gericht, die einzelnen Belastungszeugen, der Schriftsteller Michael Graf Solitkow, und der Karlsruher Gefängnis kommissarisch vernommene Hochstapler Pitt Seeger seien als befangen zu betrachten.

MARGUERITEN

HANNS ULLRICH VON BISSING

IM BLAUEN FELD

Copyright 1949 by H. H. Nolke G.m.b.H. Verlag, Hamburg

19. Fortsetzung

„Sie spielten selbst mit ihm?“

„Allerdings.“

„Sie spielten aber auch mit Ihren anderen Gästen? Ich meine natürlich mit den Gästen Ihrer Mutter?“

„Sie wollen also wissen, ob ich häufiger mit Herrn d'Argent Tennis spielte?“

Der Kriminalrat nickte leicht mit dem Kopf. „Ja“, sagte er dann offen. „Sie oder Ihre Mutter. Ich weiß, daß Ihre Mutter eine gefürchtete Gegnerin auf der roten Erde ist. Und ich nehme an, sie spielt heute noch genau so gut wie vor zehn Jahren. Ich glaube, sie gewann damals ein außergewöhnlich bekannt gewordenes Spiel gegen eine berühmte Australierin. Ihr Bild war in allen illustrierten Zeitungen.“

„Sie haben ein ausgezeichnetes Gedächtnis“, sagte Irene erstaunt.

„Ja“, bestätigte Kriminalrat Klausen, „es ist die Folge unseres beruflichen Trainings. Sie glauben nicht, was alles behalten müssen! Aber wie dem auch sei, auf den Tennisplatz scheinen Sie also Herrn d'Argent zu bevorzugen.“

Er war ein ebenso interessanter Partner wie ein beachtenswerter Gegner“, erwiderte das Mädchen ausweichend.

„Hat er zu irgendeinem Zeitpunkt mal eine Äußerung gemacht, er fühle sich bedroht oder etwas ähnliches?“

„Das war wohl kein geeignetes Gesprächsthema.“

Klausen nickte bedächtig mit dem Kopf. Dies schien ihm einzuleuchten. Er streifte nun die Asche der Zigarre in einen Aschenbecher.

„Vermuten Sie, daß Herr d'Argent wohlhabend war?“

„Das dürfte man annehmen.“

„Er gab also viel Geld aus?“

„Er war sehr großzügig.“

„Sie sagten, Herr d'Argent wäre kein bevorzugter Gast in Ihrem Hause gewesen, wie erklären Sie es sich, daß er in der Gesellschaft Ihrer Mutter oft im Theater gesehen wurde?“

„Ich weiß, daß meine Mutter mit Herrn d'Argent verschiedentlich im Theater war. Aber sie war auch mit anderen Bekannten und Freunden unserer Familie im Theater. Es waren dann auch stets Karten für meinen Vater reserviert, die er aber durch seine Arbeit in der Klinik oft nicht ausnutzen konnte.“

„Ihr Vater ist beruflich sehr in Anspruch genommen?“

„Ja!“ Irene hob den Kopf und sah den Kriminalrat aufmerksam an. Sie sagte unvermittelt: „Ich selbst bin mit allen möglichen Leuten schon im Theater gewesen, ohne sie gleich zu meinen bevorzugten Freunden zu rechnen.“

„Ihr Vater kannte Herrn d'Argent?“

„Natürlich!“

enthalten. Margueriten im blauen Felde. Ja sicher, ich habe mich nicht geirrt. Wie merkwürdig! Erst jetzt, als Sie von dem Wappen sprechen, fällt es mir wieder ein. Ich habe es nicht einmal meiner Mutter gesagt. Wahrscheinlich ist es ihr gar nicht aufgefallen.“

Verwundert war Klausen den Worten des Mädchens gefolgt. Dann entsann er sich Ungersbachs Aufforderung, sich die Revue anzusehen. Er raffte nachdenklich aus seiner Zigarre und startete dem Rauch nach, der in kleinen Wölkchen zur Decke zog. Dies also war es, was der Journalist gemeint hatte. Margueriten im blauen Felde. Auf der Bühne der Revue. Dies war wirklich ein bemerkenswerter Zufall.

„Daher also hat mein Freund Ungersbach sich die Nacht mit der Tänzerin um die Ohren geschlagen“, sagte er aus seinen Gedanken heraus und sofort empfand er, einen faux pas begangen zu haben. Lächelnd fügte er hinzu: „Entschuldigen Sie bitte! Ich beabsichtigte nicht, etwas Nachteiliges über den jungen Mann zu sagen. Es ist mir so ent schlüpf.“

„Das Privatleben von Herrn Ungersbach interessiert mich nicht“, entgegnete Irene Kirsten kühl, aber sie vermochte nicht, es sich zu verkneifen, zu fragen. „Ist Herr Ungersbach denn an der Aufklärung dieser Sache interessiert?“

Der Kriminalrat lachte leise. „Er opfert seinen so ersehnten Urlaub hierfür. Er war heute morgen bei mir und forderte mich auf, mir die Revue anzusehen. Ihre Mitteilung erspart mir eine Menge Zeit. Ich bin Ihnen dankbar hierfür. Sie kennen also dieses Etwas nicht?“

Irene schüttelte verneinend den Kopf.

„Ich habe es nie gesehen. Ich erinnere mich auch nicht, bei Herrn d'Argent jemals ein Zigarettenetui bemerkt zu haben. Er führte Zigaretten stets in den üblichen Gebrauchs- packungen mit sich. Ich weiß es, weil er mir öfters eine Zigarette anbot.“

Besatzungsdollar wurde ungültig

Frankfurt (AP). Die in Europa und Afrika stationierten Amerikaner wurden gestern am frühen Mittwochmorgen überraschend davon in Kenntnis gesetzt, daß alle in ihrem Besitz befindlichen Script-Dollars ab Mittwochmittag 13 Uhr ungültig werden. Bis dahin können die Geldscheine bei den zuständigen amerikanischen Finanzbehörden in neue Script-Dollars umgetauscht werden.

Die dritte „Währungsreform“, die die in Europa und Afrika stationierten 250 000 amerikanischen Soldaten, Beamten, Journalisten und alle anderen von den Verkaufsläden der US-Armee lebenden Zivilpersonen seit 1945 erleben, dient der Ausschaltung von Falschgeld und soll die Schwarzmarktspekulationen mit Script-Dollars lähmen.

Wie schon die vorangegangenen Umtauschaktionen kam auch diese Ankündigung am Mittwoch wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Die Soldaten wurden in ihren Kasernen am Mittwoch früh nach dem Wecken davon unterrichtet und alle amerikanischen Zivilisten wurden gegen 7 Uhr telefonisch von dem Umtausch verständigt.

Amerikanische Finanzbeamte schätzten, daß gegenwärtig etwa 50 000 000 Script-Dollars in Deutschland, England, Österreich, Frankreich, Triest und Nordafrika im Umlauf sind.

Genaue Totenzahl noch nicht bekannt

München (dpa). Die Stätte des Zusammenstoßes zwischen dem Personenzug und dem vollbesetzten Lastwagen in der Nähe der Stationen Seefeld und Herrching, worüber gestern berichtet wurde, bietet ein grausiges Bild der Verwüstung. Der Lastwagen lag etwa 15 Meter vom Bahnübergang entfernt im Bahngraben. Die Leichen der Insassen waren im Umkreis verstreut. Viele wurden vom Zug erfaßt und mitverschleift.

Nach den bisherigen Feststellungen wird vermutet daß der Fahrer eine der Bahnschranken offen fand, mit seinem Wagen auf den Übergang fuhr und ihn auf den Schienen stehen ließ, während die andere Schranke öffnete. Zu dieser Zeit kam der Zug um die etwa 300 Meter entfernte Kurve. Der Lokführer bemerkte das Auto auf den Schienen und zog die Schnellbremse. Wegen der kurzen Entfernung konnte er den in voller Fahrt befindlichen Zug jedoch nicht mehr zum Stehen bringen.

Die Identifizierung der Opfer wird erschwert, weil die genaue Zahl der im Lastwagen reisenden Theologie-Studenten vom Berchmanns-Kolleg Pullach (S. J.) bisher noch nicht bekannt ist. Man schätzt, daß es 24 oder 25 waren. Die Polizei hält es für möglich, daß unter den Trümmern noch Leichen liegen, so daß sich die bereits gemeldete Zahl von 15 erhöhen könnte.

„Oberschieber von Bamberg“

München (dpa). Bei der Aussprache über den Entwurf des bayerischen Spielbankgesetzes kam es gestern im bayrischen Landtag zu Tumultszenen, als der BHE-Abgeordnete Erich Luft von Gerichten sprach, nach denen zwischen Wechselschulden der Bayernpartei von 11 000 D-Mark an das Münchner-Bankhaus Lenz und der ablehnenden Haltung Dr. Baumgartners, des Vorsitzenden der BP, gegenüber diesem Bankhaus Zusammenhänge bestünden. Als Dr. Baumgartner dazwischenrief: „Ich bin ja gegen das Bankhaus Lenz eingestellt“, sagte Luft: „Das kann ich verstehen, weil die 11 000 DM nicht gestrichen wurden.“

Fast alle Abgeordneten der Bayernpartei sprangen darauf von ihren Sitzen auf und nahmen mit dem Ruf „Oberschieber von Bamberg!“ eine drohende Haltung gegen Luft ein. Der Ordnungsruf des Präsidenten ging in dem Tumult unter.

Das Spielbankgesetz wurde schließlich an den Ausschuß zurückverwiesen.

Raubüberfall auf Banknoten

Hannover (dpa). Der 17jährige Bote einer hannoverschen Bank wurde gestern in Hannover auf offener Straße überfallen und seiner Aktentasche mit Banknoten im Werte von 40 000 D-Mark beraubt. Der Täter entkam.

Westdeutschland ohne deutsche Beteiligung unhaltbar

Washington (dpa). Der amerikanische Hohe Kommissar in Deutschland, John McCloy, erklärte am Dienstag in Washington auf einer Pressekonferenz, Westdeutschland könne ohne einen deutschen Beitrag nicht nachhaltig verteidigt werden.

Das große Problem der deutschen Wiederaufrüstung liege darin, daß die beiden Militärparteien sich nicht über eine gemeinsame Außenpolitik einigen könnten.

McCloy wies darauf hin, daß die 60 000 Mann der militärisch organisierten sowjetzonalen Volkspolizei eine „ausgezeichnete Rahmen-truppe“ bildeten, die im großen Stil aufgefüllt werden könne.

Weststadt-Episode

Da kamen dieser Tage zwei Mädchen, vielleicht 13 und 14 Jahre alt, in die Praxis eines Arztes in der Weststadt. Etwas verlegen und schüchtern betreten sie den Behandlungsraum.

„Nun, und was fehlt Euch?“ fragte der Arzt. „Uns, Herr Doktor, fehlt nichts“, redeten sie durcheinander. „Aber dieses Vöglein! Sehen Sie, Herr Doktor, es hat einen Flügel gebrochen, und bestimmt ist es auch sonst noch schwer verletzt. Sicher hat es große Schmerzen, es muß wohl sterben.“

Ob dieser in einem Behandlungszimmer sicherlich ungewöhnlichen Rede war der Arzt nicht wenig erstaunt. „Ja, und was soll ich nun tun?“ „Bitte töten Sie das arme Vöglein, aber so, daß es nicht noch mehr Schmerzen hat.“

Der Arzt zögerte. Ohne Zweifel würde das Tier bald sterben, und Schmerzen hätte es auch. Nicht einmal piepsen konnte es mehr. Aber den Vogel töten? Das waren doch eigentlich Sachen des Tierarztes. Die beiden Mädchen gingen nur zögernd. Wollte ihnen denn niemand helfen?

Eine halbe Stunde später aber waren sie wieder zur Stelle. Diesmal regelrecht empört. Der Tierarzt war nicht dagewesen, und man hatte den Mädchen geraten, das Tier doch kurzerhand in die Alb zu werfen.

Der Doktor zögerte nicht mehr länger und gab dem Vöglein eine Narkose. Erlöst von seinen Schmerzen, schlummerte es in den Vogelhimmel hinüber.

Während sich der Arzt die Hände wusch, standen die Mädchen noch immer an der Tür. „Und was sind wir Ihnen schuldig?“ „Aber, Kinder, natürlich nichts.“

Damit waren die Mädchen jedoch nicht einverstanden. Sie redeten solange auf den Arzt ein, bis er schließlich 30 Pfennige Kosten für das verbrauchte Material nannte.

Die Kinder bedankten sich und gingen. Die kleine ungewöhnliche Episode war schon längst vergessen, da standen sie ein drittes Mal im Behandlungsraum, legten 30 Pfennige auf den Tisch und überreichten dem Arzt — einen Nelkenstrauß.

Dies ist die wahre Geschichte vom sterbenskranken Vöglein. Eine ganz kleine, kaum der Erwähnung wertige Episode, nicht mehr? Aber muß denn, damit man eine Welt verstehen lernt, gleich etwas Weltbewegendes geschehen?

„Aus technischen Gründen“

Vertreter des Flugsportvereins Karlsruhe e. V., der vom Württemberg-Badischen Luftfahrtverband mit der technischen Durchführung der am Wochenende auf dem Karlsruher Flughafen stattfindenden Landes-Modellflug-Meisterschaften beauftragt ist, verhandelt gestern mit den zuständigen Stellen des US-Militäry Sub Post Hqs. um auf Grund der endgültigen Freigabe des deutschen Segelflugsportplatzes die Erlaubnis zur Benutzung des Platzes durch französische Segelflieger zu erwirken.

Altmataliebe suchten das Weite

In der Nacht zum Mittwoch vernahm Bewohner eines Hauses in der Sofienstraße im Vorgarten an der Straßenfront verdächtige Geräusche. Diese machten sich an den für die Gartenbespritzung bestimmten Wasserbehältern zu schaffen. Allen Anschein nach schlugen sie den einzelnen Hähnen mit einem Hammer ab, so daß sich hohe Wasserfontänen in die Gärten ergossen. Die Diebe kamen allerdings nicht auf ihre Kosten, da die „Beute“ nicht aus dem so begehrten Messing bestand. Sie suchten daher schleunigst mit einem Sprung über das Eisengitter das Weite und ließen den abgeschlagenen Wasserhahn zurück.

Dr. Buchta wieder Kreisvorsitzender

Dieser Tage fand die Vorstandswahl der Kreisgruppe Karlsruhe-Stadt im Landesverband der Vertriebenen statt. Als 1. Vorsitzender wurde Dr. Eugen Buchta wiedergewählt. Gleichzeitig nahm der Vorstand der Kreisgruppe mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft Pöhlung, um gemeinsam in allen Angelegenheiten vorzugehen, welche die Vertriebenen betreffen.

„Nimmt Tagespresse uns Frauen ernst?“

Wie bereits in der gestrigen Ausgabe angekündigt, spricht Frau Elisabeth K a m m heute um 20 Uhr im Haus Solms, Ecke Bismarck-Westendstraße, über das Thema: „Nimmt die Tagespresse uns Frauen ernst?“ Der Karlsruher Lyceum-Club der Deutsche Akademikerinnenbund, die Gedok, und die überparteiliche Frauengruppe laden alle Frauen — Hausfrauen wie Berufstätige, gleich welcher Konfession, Partei oder Organisation sie angehören — zu diesem Vortrag ein. Männer sind ebenfalls herzlich willkommen.

„Die Rosen blühen!“

Gestern nachmittag war auf der Kaiserstraße ein ungewöhnliches Gefährt zu sehen. Von einem Pony gezogen, das wiederum von einem Tierpfleger des Stadtparks „dirigiert“ wurde, rollte ein kleiner mit Rosen und Girlanden geschmückter Wagen durch die Stadt. Das ungewöhnliche Bild wurde vervollständigt durch ein Plakat, auf dem folgendes zu lesen war: „Die Rosen blühen! Besuch euren Stadtpark!“ Wer käme dieser freundlichen Aufforderung nicht gerne nach?

„Pünktchen und Anton“ im Staatstheater

Als letztes Werk der Spielzeit 1950/51 bringt die Jugendbühne Erich Kästners Schauspiel „Pünktchen und Anton“. Die Handlung führt in die heutigen Probleme des kindlichen Alltags in einer Großstadt ein und vermittelt durch die klare Gegenüberstellung von Gut und Böse bei der Jugend Erkenntnisse von ethischem Wert. Die Premiere am Samstag, 23. 6.

Wie wird das Wetter?

Sonnig und warm
Vorhersage des Wetteramtes Karlsruhe für Nordbaden, gültig bis Freitag früh: Sonnig und heiter, nachts klar. Tageserwärmung auf über 25 Grad. Abkühlung nachts auf 11 bis 14 Grad.

Rheinhavestände

28. Juni: Konstanz 467 (+8), Breisach 342 (+18), Straßburg 389 (+6), Karlsruhe-Maxau 359 (+12), Mannheim 481 (+6), Caub 300 (+5).

„Gevatter Tod“ auf dem Schmiederplatz

An die zweitausend Kinder beim Kindernachmittag und beim „Verkehrsspiel“ der Polizei



Auf dem Schmiederplatz wurden gestern Karlsruher Kinder — ähnlich wie kürzlich in Berlin — in drastischer Weise auf die Gefahren im Straßenverkehr aufmerksam gemacht. Hier, an dieser mit einem „Schülerpolizisten“ besetzten Kreuzung, lauert „Gevatter Tod“ auf sein nächstes Opfer. Foto: Schlesiger

Auf dem Schmiederplatz ging es gestern nachmittag zu wie in einem Bienenstock, dessen Völkchen aufgeschreckt worden war. Viele hunderte Kinder — es mögen an die 2000 gewesen sein — tummelten sich auf dem sandigen Platz, den der Karlsruher Jugendring für seinen Kindernachmittag im Rahmen der „Woche der Jugend“ gewährt hatte.

Wie wenig Aufwand brauchte es doch, um Jungen und Mädchen für einige Stunden angeregt zu unterhalten! Verweilen wir zunächst beim „Kletterbaum“, an dessen Spitze ein mit buntem Bändern geschmückter Kranz voll lokaler Preise leuchtete im Winde schaukelte. Aber zwischen Erde und Kranz ist da der höllisch glatte Stamm, der manchen fürwitzigen Buben trotz einer schaffte es doch, kaum auf der Erde, ist er sofort von seinem Spielkameraden umringt, die ihn um den unter nicht geringen Anstrengungen erworbenen Pfeil und Bogen beneiden.

20 Uhr, im Schauspielhaus, findet als Vorstellung im freien Kasernenverkauf für Erwachsene statt. Diese Aufführung dürfte das besondere Interesse der Eltern- und Lehrerschaft finden, da in diesem Stück Erfolg und Misserfolg elterlicher Erziehung in überaus anschaulicher Weise gezeigt wird und die Lösung der Gegensätze von arm und reich in einer sehr lehrreichen und stillich gültigen Form zur Darstellung gelangt.

Zur Heidelberger Schloßbeleuchtung

Zur diesjährigen Heidelberger Schloß- und Brückenbeleuchtung, bei der auch ein großes Feuerwerk abgebrannt wird, verkehrt am Samstag, 23. 6., ein Sonderzug mit hoher Fahrpreisermäßigung. Hinfahrt: Karlsruhe Hbf. ab 17.55 Uhr, Durlach ab 17.42 Uhr, Rückfahrt: Durlach an 1.19 Uhr, Karlsruhe Hbf. an 1.25 Uhr. Nach Rückkunft des Zuges stehen ab Karlsruhe Hbf. Sonderwagen der städt. Straßenbahn bereit.

Hühnerpest im Weierfeld

Im Stadtteil Weierfeld ist die Hühnerpest ausgebrochen. Die Ausfuhr von lebendem Geflügel sowie das Abhalten von Geflügelmärkten und Geflügelausstellungen, ferner der Hausierhandel mit Geflügel für die Stadtteile Weierfeld und Dammstock ist verboten.

Sterbefälle vom 18. und 19. Juni

18. Juni: Mathilde Huber, geb. Katz, Blumenstr. 2a (84 Jahre).
19. Juni: Wilhelm Merkle, Hilfsarbeiter, Blumenstr. 27 (78 J.); Elisabeth Junghans geb. Ackermann, Hohenzollernstr. 18 (70 Jahre).

Jean Giraudoux: „Intermezzo“

Gastspiel des Theaters der Stadt Baden-Baden im Schauspielhaus

In diesem „Zwischenspiel“, das Stroux im vergangenen Herbst im Deutschen Schauspielhaus in Hamburg herausbrachte und das auch im Berliner Hebbel-Theater und in den Münchener Kammertheatern ein dankbares Publikum fand, fängt Giraudoux mit den Mitteln der romantischen Ironie den farbigen Abglanz des Lebens ein. Wie schillernde Seitenblenden schwebten die zarten Phantasiegebilde in dem zwielichtigen Raum zwischen Traum und Wirklichkeit, der sich in Trude Kärrers transparenter Bühnendekoration dem erfreulich zahlreichen Publikum öffnete. Hans Bauers Regie wurde dem besonderen Charakter dieses duftigen Spieles weitgehend gerecht.

Von einer Handlung kann nur bedingt die Rede sein. Das dramatische Geschehen ist lediglich die Wäscheleine, an der in bizarren Formen die bunten, intimen, boshaften oder politischen Bemerkungen des Autors über Leben und Tod, Kleinstadtleben und Bürokratie, Liebe, Weisheit und Dummheit aufgehängt sind. Alles wedelt lustig im Wind, ungreifbar, ungläubhaft, der Paradoxie näher als der Wahrheit. Etwas für literarische Feinschmecker, Schlagen ohne sozusagen, von der man bald genug hat. Es fehlt der Dichtung für unser Empfinden das Blut, so sehr ist sie in Geist und Ironie aufgelöst. Die wundervolle literarische Sprache hätte von der Regie her eine markanter Profilierung verlangt. Man kann

das moderne Bestreben, die Sätze so leichthin fallen zu lassen, schon aus akustischen Gründen nicht immer bejahen; auf den hinteren Plätzen verstand man zeitweise kein Wort.

In der Reihe der skurrilen Figuren war die Isabelle von Margret Hoffmanns bemerkenswert, eine interessante Version jenes Typs des jungen Mädchens, der heute nur noch in der Phantasie der Dichter lebt, denn es ist ungläubhaft, daß ein so natürlich empfindendes Wesen furchtlos mit lebhaftigen Geistern verkehrt. Otto Ernst Lundt vertrat als Inspektor ihr gegenüber die handfeste Wirklichkeit, betont grotesk und komisch, während Georg Lehmann als Kontrolleur wie auch der Bürgermeister Ernst Ehlers sich im Rahmen kleinstädtischer Wirklichkeit hielten. Wie eine Figur aus dem Märchen erschien der Drogist Wilhelm Kürten, der mit überlegener Weisheit, gleichsam als Werkzeug der Vorsehung, Güte, Vorsehen und Ruhe austrahlte. Im übrigen boten die Baden-Badener wieder ein ausgewogenes Ensemble-Spiel, das am Schluß starken Beifall auslöste. Dr. G.

Um den Aufstieg zur I. Amateurliga

Kirrlach — FG Rüppurr 2:1

Die Karlsruher Vorstädter verloren in Kirrlach recht unglücklich. Während der ersten fünf Minuten mußten sie von dem Rechtsaußen Wirth zwei Tore hinnehmen, die eindeutig auf Konto von Kiefer gingen. Trotz aller Anstrengungen konnten die Rüppurrer diesen Vorsprung zunächst nicht ausgleichen. Erst im Verlaufe der zweiten Halbzeit gelang es Hochmuth, den Anschlußtreffer zu erzielen. Doch reichte es trotz mächtigen Drängens der Gäste nicht mehr zum Ausgleich. Nach dem Spiel gab es einige unliebsame Zwischenfälle seitens Kirrlacher Zuschauer und Rüppurrer Spieler, die vermutlich noch ein Nachspiel haben werden.

Weinheim — Kirchheim 1:1

Table with 3 columns: Team, Goals, Points. Weinheim 7, 22:8, 10:4. Kirrlach 7, 13:14, 8:8. Rüppurr 5, 14:11, 7:3. Kirchheim 6, 8:10, 5:7. Limbach 5, 7:21, 0:0.

KURZE STADTNOTIZEN

Heimateruppe Südmöhren in der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Zum diesjährigen Treffen der Südmöhren in Gelsing/Steise am 4. und 5. 8. fährt von Karlsruhe aus ein Omnibus. Anmeldungen bis 10. Juli bei Alfred Fuchs, Feuerbank (gegenüber Hauptpost) oder ab 19 Uhr Weizenstraße 31.
„Wiederaufbau in Gemeinschaft“. Über dieses Thema spricht Dipl.-Ing. Otto Walter Erhard (VDI) aus Baden-Baden am Freitag, 22. 6. 20 Uhr, im großen Hörsaal des Chem. Instituts der TH. Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft Rationalisierung des Bauwesens, Bund Deutscher Architekten (Kreisgruppe Karlsruhe), Verein Deutscher Ingenieure (Karlsruher Bezirksverein), Haus- und Grundbesitzerverein Karlsruhe und Deutsche Gesellschaft für Bauingenieurwesen (Ortsgruppe Karlsruhe).
Pädagogische Arbeitsstelle, Karlstr. 11, Dr. Konrad Buol, Dozent der Pädagogik und der Erziehung für Demokratie an Schweizer Schulen, spricht heute, 15 Uhr, über die Schweizer Schule und die Gemeinschaftskunde. — Um 20 Uhr Lichtbildvortrag von cand. arch. G. Soltan (Internationale Studentengruppe über „Reiseeindrücke aus Frankreich“).
Bonelli-Lichtspiele. Heute letztmals „Die Spielhalle von Macao“ mit Erich von Stroheim. Ab

Aber was ist da? Einem vielleicht achtjährigen Buben laufen große Tränen über die Wangen. Er hat seinen Bruder verloren! Und wo steckt er? Natürlich beim „Topf schlagen“, wo man sich für nur fünf Pfennige an einem Blumentopf austoben kann. Mit verbundenen Augen und einem Stock natürlich.

Auch beim Sackhüpfen geht es lustig zu. Einfach hin, einmal her — es ist gar nicht so einfach. So ist es auch mit dem Zielen beim Büchsenstand. Aber keiner geht leer aus, selbst wenn nur eine Büchse fällt. Ein Bonbon zum Trost! Und wer noch ein Zehnerlein hat, der beteiligt sich am „Brezelschneiden“. Während sich eben wieder ein Junge am Kletterbaum versucht, reiten Inge, Gerhard und Günter ein paar Runden auf den drei Pferden, die dem Reiterverein Karlsruhe gehören.

So werden Stunden zu Minuten. Wie hieß es doch einsam? Es braucht wirklich nicht viel, um den Kindern Freude zu bereiten: Ein bißchen guter Wille, ebensoviel Geduld und — schönes Wetter. Wie gestern auf dem Schmiederplatz. —us.

Um 6.25 Uhr fängt morgen der Sommer an

Im Polargebiet wird auch die Nacht zum Tage

Der Aufstieg der Sonne in der Ekliptik hat seinen Gipfel erreicht. Morgen, 6.25 Uhr, geht das Tagesgestirn durch den nördlichsten Punkt seiner scheinbaren Jahresbahn, um sich fortan wieder südwärts zu wenden. Dieses astronomische Ereignis des Eintritts der Sonne in das Zeichen des Krebses bestimmt den Zeitpunkt des Sommeranfangs und der Sonnenwende.

Zugleich verzeichnen wir den längsten Tag und die kürzeste Nacht des Jahres. Morgen geht die Sonne in Karlsruhe und Umgegend um 4.28 Uhr auf und versinkt um 20.33 Uhr (MEZ) hinter dem Horizont. Wir erfreuen uns also einer Tageslänge von rund 16 Stunden. Nach Norden zu ist es noch viel länger, und schon in Mittelskandinavien wird es überhaupt nicht mehr ganz dunkel.

Am Polarkreis, unter 66,6 Grad nördlicher Breite, beginnt das Reich der Mitternachtsonne, die in den Tagen um die Sommersonnenwende auch bei ihrer unteren Kulmination nicht mehr untergeht. Um Mitternacht streift sie gerade die Linie des Nordhorizonts und scheint kurze Zeit zu ruhen, ehe sie sich wieder erhebt. Ein

Sommerfest im Durlacher Schloßgarten

Das Sängerkartell Durlach, dem die Gesangsvereine Liederkrantz, Lyra, Sängerkranz und Nähmaschinenbauer, der Männergesangsverein, der Sängerbund Vorwärts und das Schneitz-Quartett angehören, veranstaltet vom 23. bis 25. Juni im Durlacher Schloßgarten ein großes Sommerfest, das am kommenden Samstag, um 20 Uhr, eröffnet wird. An diesem Abend wirken außerdem Hannelore Wolf-Ramponi und Eugen Ramponi vom Badischen Staatstheater mit. Der Sonntag bringt von 11 bis 13 Uhr ein Fröhlichkonzert. Um 16 Uhr beginnen die Konzerte der Gesangs- und Musikvereine mit halbtäglicher „Ablösung“. Nach den bei 22.45 Uhr angesetzten Darbietungen des Balletts des Bad. Staatstheaters und einem Gesamtchor beginnt um 24 Uhr ein großes Feuerwerk. Das Montagprogramm bringt ab 17 Uhr den festlichen Ausklang mit Volksbelustigung, Akrobatik, Bodenspringen, Boxkämpfen, Musik und Tanz.

Karlsruher Woche der Jugend

Donnerstag, 21. Juni
22 Uhr, Schmiederplatz: Sonnwendfeier. Programm: „Wann wir schreiten...“, Ansprache von Dr. Löw, Fackeltanz, Feuerspruch, „Deutschland, heiliges Wort!“, „Brüder zur Sonne...“

Leser entwerfen „Karlsruhe“-Plakate

Lebhaftes Echo auf den mißglückten Plakatwettbewerb des Verkehrsvereins

Unser Bericht über das enttäuschende Ergebnis des Plakatwettbewerbes hat in Karlsruhe ein stärkeres Echo gefunden als seinerzeit der Wettbewerb selbst. Fachleute und Laien nahmen in recht ausführlichen Zuschriften zu den beiden preisgekrönten Plakaten Stellung und vertraten — obwohl völlig unabhängig voneinander — einmütig die Ansicht, daß weder der „walfischreitende Zwerg“ noch die „Gelsterhand“ (wie sich ein Leser wörtlich ausdrückt) zukünftig genug ist, um in aller Welt für unsere Stadt zu werben. Die Zuschriften enthielten darüber hinaus manche diskutierbare Anregung, ja sogar manchen ansprechenden Entwurf.

Ein Karlsruher Werbefachmann meint: „Wie zu Paris der Eiffelturm, zu Berlin das Brandenburger Tor und zu Wien der „Steffl“ gehört, so gehört eben einmal zu Karlsruhe die Pyramide als Wahrzeichen der Stadt. Man darf trotz aller modernen und stilistischen Erwägungen die Psyche des Fremden nicht außer acht lassen, der sich vor dem Besuch einer Stadt fragt: Wo liegt diese Stadt und was hat sie mir zu bieten. Für das Werbeplakat unserer Stadt sind daher drei wichtige Faktoren zu beachten: 1. Entstehung (Plan), 2. Charakteristik und 3. Umgebung der Stadt. Diese drei Punkte im Entwurf vereinigt geben tausendfache Anregungen für den Künstler, um ein Plakat zu schaffen, das sich unserer Stadt würdig erweist. Sollte man es nicht einmal versuchen, alle künstlerisch Gebotenen zum Wettbewerb zuzulassen?“

In diesem letzten Satz klingt ein leiser Vorwurf mit, der in mehreren Zuschriften wiederkehrt: Durch die Beschränkung der Teilnahmeberechtigung für Mitglieder des Bundes deutscher Gebrauchsgestalter und der Werbefachverbände von Württemberg-Baden, Südwürttemberg und Südbaden war manchem Künstler die Möglichkeit zur Beteiligung genommen. Ein anderer Karlsruher Leser schlägt in diesem Zusammenhang vor, an die zahlreichen freischaffenden Maler und Graphiker unserer Stadt eine Einladung zur Beteiligung an einem solchen Wettbewerb zu richten. Er schreibt dazu: „In unserer Kunstschule und in vielen Druckereibetrieben der Stadt war zu allen Zeiten und ist auch heute noch die Gewähr für gute und brauchbare Graphik und Plakatkunst gegeben. Die Tatsache, daß bei dem abgeschlossenen Wettbewerb die Preise nach Stuttgart kamen, und das wenig ermunternde Ergebnis sollte die Karlsruher Stellen, die sich mit der Sache befassen, veranlassen, einen Weg einzuschla-

gen, der erfolversprechender ist und es verhindern würde, bei unseren Mitbürgern den Eindruck zu erwecken, als sei es nicht möglich, in Karlsruhe selbst Männer zu finden, die das „Karlsruhe“-Plakat zu gestalten in der Lage wären.
Nicht vorenthalten möchten wir unseren Lesern die Zuschrift eines 12jährigen Schülers: „Meine Mutti zeigte mir den Artikel (Wettbewerb für Plakatentwurf der Stadt Karlsruhe) am 5. 6. dieses Jahres. So kam ich auf die Idee, auch ein Werbeplakat zu zeichnen. Ich glaube ja nicht, daß ich gleich 1000 DM gewinnen werde, wäre aber so glücklich, einen Trostpreis zu erhalten. Ich bin 12 Jahre, besuche die Gutenbergschule und will nach meiner Schulentlassung den Beruf als Graphiker erlernen. In der Klasse bin ich der beste Zeichner. Bitte legen Sie doch meine Zeichnung den Herren vor und sprechen Sie für mich, daß ich Antwort bekomme, ob ich etwas kann und wie ihnen mein Entwurf gefällt. Ich habe alles ganz allein entworfen und gezeichnet und benützte keine Vorlage und Hilfe. Ich wäre sehr glücklich, bald Antwort zu erhalten...“

Nun, der Entwurf dieses kleinen Zeichnerkünstlers ist gar nicht ungeschickt, im Gegenteil, er verrät eine ungewöhnliche zeichnerische Begabung und verdient es tatsächlich, den Herren des Verkehrsvereins vorgelegt zu werden. Auf einen Trostpreis wird der tüchtige Junge wohl verzichten müssen, da der Plakatwettbewerb bereits abgeschlossen ist. (Aus diesem Grunde ist es auch zwecklos, weitere Entwürfe an die Redaktion der „Badischen Neuesten Nachrichten“ zu senden. Wir bitten unsere Leser, davon Abstand zu nehmen und sich gegebenenfalls direkt mit dem Verkehrsverein in Verbindung zu setzen. Die Redaktion.)

Tödlicher Sturz vom Motorrad

Auf der Strecke Sulzbach-Ettlingen ereignete sich ein tödlicher Verkehrsunfall. Der Sohn des Sulzbecher Ratschreibers stieß mit seinem Motorrad in einer Kurve mit einem entgegenkommenden Personenkraftwagen zusammen, stürzte und erlitt sehr schwere Verletzungen, denen er im Krankenhaus erlag.

Rundfunkprogramm

Donnerstag, 21. Juni
Südd. Rundfunk, 5.00 Frühmusik, 6.40 Südwestdeutsche Heimatpost, 7.15 Werbefunk mit Musik, 8.15 Melodien am Morgen, 8.05 Unterhaltungsmusik, 11.15 Scartlattiana, 12.05 Musik am Mittag, 13.10 Werbefunk mit Musik, 15.30 Das Novatime-Trio, 16.00 Konzertstunde, 17.10 Unterhaltungsmusik, 18.25 Schöne Opernmelodien, 20.05 „Zehn Mädchen und kein Mann“, 22.05 Große Sänger und Virtuosen, 23.30 Das Orchester Kurt Rehfeld, 0.05 Jazz im Funk.
Südw. Rundfunk, 6.10 Morgenkonzert, 6.50 Kathol. Morgenandacht, 7.15 Zwischenmusik, 7.30 Die Heimatvertriebenen, 7.30 Musik am Morgen, 8.40 Musikalisches Intermezzo, 12.20 Mittagskonzert, 13.15 Musik nach Tisch, 14.00 Kinderliederabend, 15.15 Nachwuchs stellt sich vor, 15.45 Lyrik der Zeit, 17.00 Klaviermusik, 18.30 Musik zum Feierabend, 20.00 Melodienreigen, 21.00 Paul Claudel, 22.30 Das Prisma, 23.00 Musik zur Nacht.

Herausgeber u. Chefredakteur: W. Baur; Chef von Dienst: Dr. O. Haendel; Wirtschaftl. Ber. u. Anzeigen: H. Blum; Innenpolitik: Dr. F. Laue; Kultur: Feuilleton: Dr. O. Gillen; Belagen und Lokales: J. Werner; Karlsruhe-Land: Ludw. Armet; Sport: Paul Schneider; Unverjagte Manuskripte ohne Gewähr; Nachdruck von Originalberichten nur mit Quellenangabe.
Druck: Bädendruck GmbH, Karlsruhe, Lammerstr. 16-8. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 9 v. L. 6. 31 gültig.

